

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538 ...
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Post-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 14

Cöln, den 14. Juli 1917.

V. Jahrgang.

Frieden?

Die Friedenssehnsucht, die nach den furchtbaren Kriegsoffern der letzten Jahre in jedes Menschen Brust vorhanden, führt nicht selten dazu, daß sich viele bezüglich der Erreichung eines annehmbaren Friedens vollständig falscher Hoffnungen hingeben. Das dürfte insbesondere für alle diejenigen zutreffen, die von der Sozialdemokratie das baldige Ende des Krieges erwarten. Schon seit mehreren Jahren schreibt und redet man seitens der deutschen Sozialdemokratie so viel vom Frieden, daß, wenn es auf Reden und Schreiben ankäme, der Friede schon längst gekommen sein müßte.

In letzter Zeit hat nun die Sozialdemokratie recht viel Aufsehen von einer internationalen sozialdemokratischen Friedenskonferenz in Stockholm gemacht. Auf Grund der wochen- und monatelang vorher in der sozialdemokratischen Presse erfolgten Ankündigung dieser Konferenz wird es nicht wenige Gläubige gegeben haben, die ganz sicher gehofft, die Sozialdemokraten würden aus Stockholm mit dem Friedenszweig in Händen zurückkehren. Aber schon jetzt zeigt es sich, daß das Aufsehen, welches die sozialdemokratischen Organe von dieser Konferenz gemacht, mit deren Ergebnis nicht in Einklang steht. Wohl aber hat Stockholm uns aufs neue belehrt, daß es mit der internationalen Sozialdemokratie recht schlecht bestellt und es bei ihr mit der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschenfinder Eßig ist.

Gerade im nämlichen Augenblicke als die Delegierten in Stockholm zusammen über den Frieden lange Beratungen führten und ihre Hoffnungen auf die Entschlüsse des russischen Arbeiter- und Soldatenrates gründeten, befahl dieser nämliche Ausschuß einen Angriff der russischen Truppen, der zu den blutigsten des ganzen Krieges gehört.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften äußert sich recht pessimistisch über Stockholm.

Was uns zu diesem Pessimismus veranlaßt, so schreibt das Zentralblatt, sind insbesondere die folgenden Erwägungen. Zunächst nehmen an den Beratungen in der Hauptsache nur die Sozialdemokraten der Mittelmächte einschließlich Bulgariens, sowie jene der neutralen skandinavischen Länder und Hollands teil. Außerdem ist allerdings auch von Finnland die Rede; doch dürfte die finnische Vertretung kaum als russische Delegation anzusehen sein, da zwischen Finnland und Rußland keine engern geistigen Beziehungen bestehen. Von den Sozialdemokratien der gegen uns im Felde stehenden Völker nimmt keine

einzig an den Beratungen teil. Dabei ist es wichtig, hervorzuheben, daß dieses Unterbleiben der Teilnahme der betreffenden sozialdemokratischen Landesorganisationen keineswegs ausschließlich auf den Zwang der betreffenden Staatsregierungen zurückzuführen ist. Gewiß hat die französische Regierung dem Vertreter der französischen Sozialdemokratie die Ausstellung der Pässe für die Reise nach Stockholm verweigert. Man geht aber kaum in der Annahme fehl, daß die Mehrheit der französischen Sozialdemokraten mit dieser ablehnenden Haltung einverstanden ist. Die Mehrheit der französischen Sozialdemokratie hatte der Minderheit, die an den Stockholmer Beratungen teilnehmen wollte, stets den heftigsten Widerstand entgegen gesetzt. Als jedoch das Verlangen der Minderheit immer stürmischer wurde, schwankte ganz plötzlich und unerwartet die Mehrheit um und erklärte sich ebenfalls mit der Teilnahme an den Beratungen einverstanden. Sofort aber wurde die Weigerung der französischen Regierung bekannt, die Pässe auszustellen. Mit dieser Weigerung hat die französische Regierung der Mehrheit ihrer Sozialdemokratie unzweifelhaft einen Dienst erwiesen. Man braucht kaum daran zu zweifeln, daß die Weigerung einer geheimen Verabredung mit der Mehrheit der Sozialdemokratie Frankreichs selbst entsprungen ist, da ja die französische Sozialdemokratie in der Regierung selbst vertreten ist und die ganze Angelegenheit im übrigen durchaus den Gepflogenheiten entspricht, wie sie in den romanischen Ländern üblich sind, wenn es gilt, sich mit Eleganz aus einer schwierigen Situation herauszuwinden. So liegen die Dinge in Frankreich. In England aber ist es überhaupt nur eine verschwindende Minderheit der Sozialisten, die für den Besuch der Stockholmer Beratungen eintritt. Es handelt sich um die kleine Unabhängige Arbeiterpartei und die Britische Sozialdemokratische Partei, die beide zusammen kaum mehr als 100 000 Anhänger zählen. Die eigentliche Arbeiterpartei mit ihren nahezu zwei Millionen Anhängern will ebenso wie die Mehrzahl der sozialistisch orientierten englischen Gewerkschaften von einer Beratung mit der Sozialdemokratie der Mittelmächte nichts wissen. Bei solcher Sachlage konnte die englische Regierung sich auf billige Weise als dem Großmütigen zeigen, indem sie den Vertretern der sozialistischen Minderheit die Ausstellung der Pässe zusagte, weil sie sehr wohl wußte, daß die große Masse der englischen Arbeiter sich nicht hinter die nach Stockholm gehenden Arbeiterführer stellen würde. Nach den letzten Berichten hat aber sogar die englische Regierung nachträglich die Ausstellung der Pässe wieder in Frage gezogen. Auch in Italien ist es nur eine Minderheit in-

nerhalb der Sozialdemokratie, die für Stockholm eintritt, und erst recht in Amerika, wo die Sozialdemokratie überhaupt gar nichts zu bedeuten hat. Und selbst die Haltung der russischen Sozialdemokratie ist eine sehr zweifelhafte und schwankende."

Darüber hinaus kommt das Zentralblatt sogar zu der Befürchtung, daß Stockholm dem baldigen Frieden recht gefährlich sein könnte:

"Das alte Bestreben der Regierungen der mit uns im Krieg liegenden Völker geht dahin, das deutsche Volk als in den letzten Zügen liegend hinzustellen und den Eindruck zu erwecken, daß Deutschland einen Frieden um jeden Preis haben wolle. Auf diese Weise wird der Mut ihrer Völker, die einen unglücklichen Ausgang des Krieges immer mehr zu fürchten beginnen, jetzt aufs neue wieder aufgefriecht. Stärkt nun die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie mit beiden Händen nach dem Strohalm „Stockholm“ greift, die feindlichen Regierungen nicht in ihrem Bestreben? Wir möchten diese Frage nicht verneinen. Um so weniger, als ja bloß der Mehrheitsflügel der deutschen Sozialdemokratie in Stockholm vertreten ist, sondern auch Leute von der Art eines Haase und Ledebour, die auch während des Krieges die frühere verhängnisvolle sozialdemokratische Taktik nicht abgelegt haben, Deutschland als den Hort aller Reaktion hinzustellen, wodurch natürlich Deutschlands ganze Position in diesem Kriege sehr verschlechtert wird. Aber auch die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie erscheint uns zum Verhandeln über einen vernünftigen Frieden sehr wenig geeignet. Diese Mehrheit hat ihre Führung dem Abgeordneten Scheidemann ausgeliefert. Scheidemann ist so wenig Taktiker, daß er den Unterhändlern von der andern Seite schon von vornherein das Zugeständnis macht, Deutschland müsse auf jede Gebietserweiterung und auf jede Kriegsentschädigung verzichten. Ist bei einem solchen Verhalten überhaupt ein von deutschem Standpunkte aus vernünftiger Friede zu erwarten?"

Was die Sozialdemokratie in Deutschland bis jetzt an Friedensbewegung sich geleistet hat, wird, gelinde ausgedrückt, wohl kaum jemand als ein Meisterstück bezeichnen können. Oft werden, mit Recht oder mit Unrecht, lassen wir dahingestellt, die deutschen Diplomaten kritisiert. Wir müssen gestehen, schlechter, wie die Sozialdemokratie in Deutschland, hätte auch wohl der unfähigste Diplomat die deutschen Friedensinteressen kaum fördern können. Wer daher nicht enttäuscht werden will, tut gut, seine Friedenshoffnungen auch zukünftig auf andere Faktoren aufzubauen, als wie auf die Sozialdemokratie.

Aus unseren Berufen.

Neuregelung der Lohn- und Teuerungszulagen in Nürnberg. Die von unserem Verbands an den Magistrat gemachte Eingabe um Gewährung einer einmaligen, außerordentlichen Lohnzulage, sowie Erhöhung der Teuerungszulagen wurde im Anschlusse an die von der Organisation der Beamten, sowie des sozialdem. Verbandes gemachten Eingaben neu verabschiedet. Darnach wird gewährt zunächst rückwirkend ab 1. Januar 1917 eine allgemeine Lohnzulage von 60 Pfg. pro Tag. Die Teuerungszulagen betragen ab 1. April bei einem Jahreseinkommen von 1800 Mk. pro Tag 70 Pfg. von über 1800 bis 2100 Mk. 60 Pfg. und von über 2100 bis 2400 Mk. pro Tag 50 Pfg. Die bisher gewährte Zulage in Höhe von 3 Mk. im Monat an die Frauen beschäftigter Arbeiter kommt in Wegfall, dagegen werden die Kinderzulagen von 3 auf 5 Mk. im Monat erhöht. Mit dieser Neuregelung tritt die Stadt Nürnberg an die Spitze aller bayer. Städte.

Von besonderer Bedeutung ist die allgemeine Lohnzulage, weil sie als dauernder Bestand der Löhne in Betracht kommt und somit auch einen Einfluß auf die Unterstützungen der reichsgesetzlichen, Kranken-, Unfall- und Hinterbliebenenversicherung ausübt.

Neuordnung der Lohn- und Teuerungszulagen in Landshut. Das Stadtbauamt teilte unserem Bezirksleiter Kollegen Weizler-München mit, daß die am 7. und 24. April gemachten Eingaben betreffend Erhöhung der Löhne der Arbeiter des Stadtbauamts, und Regelung der Teuerungszulagen, seitens der städtischen Kollegien zugunsten der Arbeiterschaft entschieden sind. Demzufolge werden die Löhne aller Arbeiter und Vorarbeiter ausschließlich der Invaliden pro Tag um 50 Pfg. erhöht. Die Teuerungszulagen werden von wöchentlich 70 Pfg. auf täglich 60 Pfg., die Kinderzulagen pro Kind und Woche von 70 Pfg. auf 1.20 Mk. erhöht. Damit haben wir einen vollen Erfolg erzielt, der in letzter Linie nur dem zielbewußten und energischen Auftreten unseres Verbands, bezw. seiner Vertretung zu verdanken ist. Das tägliche Einkommen unserer Kollegen erhöht sich um 90 Pfg. bei 1—6 Kindern um 1—1,50 Mk. pro Tag. Die neuen Löhne und Zulagen werden rückwirkend ab 1. Juni nachbezahlt. Damit hat unser Verband einen glänzenden Erfolg erzielt. Die Kollegen des Stadtbauamts werden sich schon aus Dankespflicht fest um die Organisation scharen, zumal unser Verband den Beweis erbracht, daß es ihm mit der Interessenvertretung seiner Mitglieder ernst ist. Neben den hier genannten Verbesserungen wurde seitens des Magistrats ebenfalls eine Erhöhung der Sätze für die Ueberstunden gewährt, für die vor dem nur ein Zuschlag von 3 Pfg. pro Stunde bezahlt wurde.

Bundschau.

Auszeichnung. Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt unser Verbandskollege Lukas Erbacher, städtischer Arbeiter in Bamberg.

Eine Erhöhung des Wochengeldes der Kriegswöchnerinnen. Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 23. März eine Resolution angenommen, die eine Steigerung des täglichen Wochengeldes für die Kriegswöchnerinnen auf 1,50 Mark verlangt. Eine Verordnung des Bundesrats vom 6. Juni 1917 trägt diesem Wunsche Rechnung und erhöht den Betrag des Wochengeldes, das nach den Bekanntmachungen über die Wochenhilfe für Rechnung des Reiches zu zahlen ist, von 1 Mark auf 1,50 Mark täglich. Die Maßnahme wird dadurch begründet und gerechtfertigt, daß die Nahrungs- und Stärkungsmittel, für deren Anschaffung das Wochengeld verwandt werden soll, erheblich im Preise gestiegen sind. Das Wochengeld welches weiblichen Versicherten lediglich auf Grund ihrer eigenen Krankenversicherung aus Mitteln der Krankenkasse gewährt wird, bleibt von der Erhöhung unberührt. Der Betrag dieses Wochengeldes richtet sich auch weiterhin nach den Satzungen der betreffenden Krankenkasse. Die Erhöhung der aus Reichsmitteln gewährten Wochengeldbeträge ist nicht rückwirkend, sondern ist mit dem Tage der Verkündung der Verordnung in Geltung getreten.

Zurückhaltung im Streit um die Kriegsziele. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften schreibt in seiner letzten Nummer:

„Die Auseinandersetzungen um die Kriegsziele gehen weiter, nicht zum Nutzen unserer inneren Geschlossenheit, die zur erfolgreichen Beendigung des Krieges ebenso not-

wendig ist, wie unsere Einheit nach außen. Unsere christliche Arbeiterbewegung hat auf der Tagung des Deutschen Arbeiterkongresses am 6. Mai in Essen zu dieser Frage unzweideutig Stellung genommen. Damit ist die Sachlage für die Anhänger unserer Bewegung vorläufig geklärt. Im übrigen haben sich die Organisationen unserer Bewegung bisher aus dem Meinungsstreit herausgehalten, eingedenk der leider von manchen Seiten zu wenig beachteten Tatsache, daß es zurzeit nicht darauf ankommt, was wir beim Frieden verlangen wollen, sondern darauf, daß wir siegen und dann dies oder jenes Wünschenwerte erreichen können. In Berücksichtigung dieser Wahrheit haben die christlichen Gewerkschaften denn auch grundsätzlich abgelehnt, die Eingaben oder Forderungen der verschiedenen Kriegsziel-Ausschüsse oder Vereinigungen zu unterzeichnen oder sich an deren Kundgebungen offiziell zu beteiligen. In letzter Zeit sind jedoch einzelne Ortskartelle oder örtliche Zahlstellen unserer Bewegung aus dem Rahmen dieser Zurückhaltung herausgetreten und haben sich an Kundgebungen der bezeichneten Art beteiligt. Das ist im Interesse unserer Gesamtbewegung unerwünscht und dann nur Verwirrung anstiftend. Wir ersuchen daher die Leitungen aller Ortsgruppen und Ortskartelle sich fürderhin an solchen Aktionen nicht zu beteiligen, sondern alle derartigen Anträge mit dem Hinweis auf die Stellungnahme unserer Zentralorganisationen generell abzulehnen. Damit halten wir die Meinungsverschiedenheiten aus unserer Bewegung selbst fern und dienen auch dem Interesse des gesamten Volkes und Vaterlandes am besten. Nicht auf Worte und Kraftmeiereien kommt es an, sondern auf die praktische Tat im Dienste der Gesamtheit."

Ans den Ortsgruppen.

Göln (Straßenbahner). In unseren letzten Bahnhofsversammlungen beschäftigten wir uns, in erster Linie mit der brennenden Frage der Versorgung mit Brennstoffen für den nächsten Winter. Die Einschränkungen in der Kohlen- und Braunkohlenförderung, der Mehrverbrauch in der Rüstungsindustrie und der deutschen Marine, der Ausfall der ausländischen Kohle und die Notwendigkeit neutrale Staaten, wie Holland und die Schweiz teilweise mit Kohlen versorgen zu müssen, läßt eine Brennstoffknappheit für den nächsten Winter erwarten. Schon in normalen Zeiten hatte die Stadtverwaltung für ihre Angestellten und Arbeiter den Bezug von Kohlen und Briketts vermittelt. In diesem Jahre ergeben sich eine Reihe Schwierigkeiten, weil die Stadtverwaltung gezwungen sein wird, einen großen Teil der gesamten Bevölkerung mit Brennstoff zu versorgen. Eine Bevorzugung der eigenen Angestellten und Arbeiter ist an und für sich nicht ganz unberechtigt, aber es besteht die begründete Befürchtung, daß dieser Umstand zum Unlutz genommen wird, der Stadtverwaltung dieserhalb Vorwürfe zu machen. Solange die großen privaten Werke noch in der Lage waren, Lebensmittel für ihre Angestellten und Arbeiter zu beschaffen, erhob sich kein Widerspruch hiergegen, dagegen wurde von der Stadt verlangt, daß sie ihre sämtlichen Lebensmittel restlos zur Verteilung brachte. Für die städtischen Arbeiter und Angestellten wollte man nicht gelten lassen, was für die übrigen als selbstverständlich angesehen wurde, infolge dessen sie sich mit den allgemeinen Nationen begnügen mußten. Es muß auch gesagt werden, daß bei der Einreichung in die Massen, als Schwer- und Rüstungsarbeiter die städtischen Angestellten und Arbeiter in keiner Weise bevorzugt worden sind. Wir wollen hiermit der Verwaltung, die nicht anders handeln kann, auch keinen Vorwurf machen. Es geben eben Leute, die jede Maßnahme solange sie ihnen selbst einen Vorteil bringt, unbedingt für gut und notwendig halten, aber sobald dieser Vorteil für sie wegfällt und andern zu Gute kommt, nur noch die Worte Ungerechtigkeit, Mißstände, Korruption und wie diese Ausdrücke alle lauten, kennen. Hierauf muß die Verwaltung Rücksicht nehmen. Trotzdem wird in dieser Angelegenheit etwas geschehen müssen. Zugleich ist bereits, daß die Stadt zum Bezuge von Brennstoff, Vorschüsse geben will, die in Raten zurückgezahlt werden. Des Weiteren wird versucht werden, den Angestellten und Arbeitern Brennstoff zu verschaffen, soweit es sich eben mit der

Verpflichtung der Stadt für alle Bürger zu sorgen, vereinbaren läßt. Es haben dieserhalb bereits Verhandlungen stattgefunden, über die, sobald sie abgeschlossen sind, in den nächsten Versammlungen berichtet werden soll.

Die Versammlungen beschäftigten sich des Weiteren mit den Ruhetagen. Nach den bestehenden Bestimmungen sind den männlichen Angestellten jeder 8. Tag, den weiblichen dagegen drei Ruhetage im Monat zu gewähren. Wegen dem Personalmangel läßt sich diese Bestimmung für die Kollegen nicht immer einhalten. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich, nachdem die Fahrerinnen und Motorwagenführerinnen in den allgemeinen Dienstplan eingerückt sind, bei der Aufstellung der Dienstpläne, wegen der Verschiedenheit der Zahl der Ruhetage. Eine gewisse Einheitlichkeit läge im Interesse des Betriebes und des Personals. Es liegen nun zwei Vorschläge vor. Der erste geht dahin, auch für die männlichen Angestellten, für die Dauer des Krieges den 10. Tag als Ruhetage zu geben und ihnen für die Mehrleistungen jedes Vierteljahr $2\frac{1}{2}$ Tage mit einem Zuschlag von 50 Prozent zum ordentlichen Lohne zu vergüten. Der zweite lautet: den weiblichen Angestellten dreimal den 8. Tag und dann einmal den 16. Tag als Ruhetage zu geben, und es im übrigen bei dem Bisherigen zu belassen. Die Versammlungen erachteten es für zweckmäßig den 2. Vorschlag zu befürworten und den Arbeiterauschuß zu beauftragen, diesen der Direktion zur Annahme zu empfehlen.

Die Versammlungen beschäftigten sich weiter noch mit einem Antrage des Verbandes an die Stadtverwaltung, die Unterstützungen an die Angehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen städtischen Arbeiter und Angestellten, von 25 Prozent des Lohnes für die Ehefrau, auf 30 Prozent zu erhöhen. Die bisherige Höchstgrenze bis zu welcher die Unterstützungen gewährt würden, die nebst einigen Zuschlägen zwei Drittel des Lohnes betragen, auf den vollen Betrag des Lohnes zu erhöhen. Wenn auch diese Bestrebungen durch den Streik der Schaffnerinnen gestört und ihre Erledigung hinausgeschoben seien, dürfe doch nichts unberücksichtigt bleiben, das Ziel baldmöglichst zu erreichen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, diesbezügliche geeignete Schritte zu unternehmen.

Nachen. Schon im März dieses Jahres wurden an die hiesige Stadtverwaltung Anträge um Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter und um Einführung von Arbeiterauschüssen in allen städtischen Betrieben gerichtet. Während nun die Teuerungszulagen für Beamte, Angestellte und Lehrpersonen schon vor längerer Zeit eine Aufbesserung erfuhren, ließ man die städtischen Arbeiter vergebens auf die so notwendige Verbesserung ihres Einkommens warten. Wir sind die Letzte, die den Beamten, Angestellten und Lehrpersonen die ihnen gewährte Erhöhung des Einkommens nicht gönnen. Sind wir doch überzeugt, daß auch diese Aufbesserung nicht entfernt einen Ausgleich gegenüber den starken Preissteigerungen schaffen kann. Aber was bei den Beamten, Angestellten und Lehrpersonen zutrifft, gilt in stärkerem Maße bei dem durchweg bedeutend geringeren Einkommen der städtischen Arbeiter. Gerade diese sind auch ein Vergleich zu der Mehrzahl der Industriearbeiter, bezgl. der Lebenshaltung stets und besonders jetzt während der Kriegszeit besonders ungünstig gestellt.

In einer Versammlung der städtischen Arbeiter wurde nun über das geringe Entgeltkommen der Stadtverwaltung lebhaft Klage geführt. Wohl seien in einigen wenigen Betrieben einzelnen Arbeitern notgedrungen Lohnerhöhungen bewilligt worden, weil man anderenfalls keine Arbeiter mehr bekommen, bezw. halten könne. Die Mehrzahl der Arbeiter aber sei bisher leer ausgegangen. Es wurde deshalb beschlossen, an die einzelnen Betriebe erneut Eingaben zu richten, in der um Erhöhung der Löhne ersucht würde. (Dies ist inzwischen geschehen.) Weiter wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß die Verwaltung endlich dem Drängen der Arbeiterschaft folgen und die verlangten Arbeiterauschüsse einführen werde. Sache der Arbeiter wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß auch die richtigen Leute in diese Ausschüsse hineingewählt werden. Leute, die gewillt und fähig sind, die Interessen der Arbeiterschaft ruhig und sachlich, aber entschieden zu vertreten. Natürlich werden aber auch die tüchtigsten Kollegen nach der Richtung hin nichts erreichen können, wenn nicht eine starke, geschlossene Masse organisierter Arbeiter hinter den Arbeiterauschüssen steht und den Vertretern der Ausschüsse die erforderliche Rückendeckung bietet. Hoffentlich sehen dies die Kollegen auch ein und schließen sich immer zahlreicher der gewerkschaftlichen Organisation an.

Werneck. Nach zweijähriger Abwesenheit erschien am 28. Juni wieder einmal unser Bezirksleiter Weigler, um uns einen Kriegsvortrag zu halten. Die Kollegen, soweit sie noch in der Heimat

sind, waren vollzählig erschienen und als wollte es der Zufall, konnten auch 4, sich in Urlaub befindliche Kollegen, an der Versammlung teilnehmen. Kollege Weigler betonte in seinem Vortrage die großen Opfer, die das deutsche Volk an der Front wie in der Heimat seit 3 Jahren für das Vaterland darbringt, in dem unerschütterlichen Siegeswillen, und in der Hoffnung auf den Frieden. Die Arbeiterschaft, die gegenüber allen anderen Ständen die größten Opfer bringe, orientiere sich heute schon über ihre Forderungen nach dem Kriege auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Redner behandelte sodann die neueste Aufbesserung bezügl. Feuerungs- und Kinderzulagen für die bayerischen Staatsarbeiter, die von den Kreisämtern für ihre Angestellten und Arbeiter zu übernehmen seien. Ebenso gab Kollege Weigler Aufschluß über die Bedeutung des neu zugründenden bayer. Versorgungsverbandes, dem auch öffentliche Anstalten beitreten können. Nach dem, mit Beifall aufgenommenen, Vortrage konnte Kollege Meninger die Mitteilung machen, daß die Direktion der Kreisheilanstalt Werned die neuen Erhöhungen der Feuerungs- und Kinderzulagen ab 1. Juli zur Auszahlung gelangen läßt. Auch sei die gesamte Arbeiterschaft und das Personal dem Versorgungsverbande angeschlossen worden. Dadurch komme die Beitragszahlung von 2 1/2 Prozent des Lohnes zur früheren Pensionskasse in Wegfall, da der Kreis ab 1. Januar 1918 die Beiträge zum Versorgungsverband allein übernehme. Diese Mitteilungen riefen besondere Befriedigung hervor. Nachdem Kollege Meninger die Versammlung mit Dank an den Kollegen Weigler schloß, wünschte er unsern anwesenden Kriegern ein baldiges, gesundes Wiedersehen in der Heimat. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß, soweit bekannt, folgende Kollegen unserer Ortsgruppe für Tapferkeit vor dem Feinde das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielten: Joseph Oswald, Andreas Fleischmann, Georg Menninger, Johann Kumpel. Letzterer erhielt als weitere Auszeichnung auch das bayer. Verdienstkreuz, den tapferen Kollegen unser herzlichsten Glückwünsche.

Bam. erg. Die seitens der beiden in Betracht kommenden Verbände gestellten Anträge, den städtischen Arbeitern eine Lohnzulage von 60 Pfg. pro Tag zu gewähren, befinden sich gegenwärtig noch im Stadium der Erwägungen. Am 28. Juni fand zwischen dem Herrn Oberbürgermeister Wächter und den beiden Bezirksleitern, Kollegen Weigler von unserem und Ehret vom freien Gemeindearbeiterverbande eine Aussprache über diese Angelegenheit statt. Dieselbe wird vom Herrn Baurat Schmitz bearbeitet, dem auch die Berichterstattung für die Kollegen übertragen ist. Die Vertreter der Verbände begründeten die Notwendigkeit der Forderungen der Arbeiter. Herr Baurat Schmitz ist persönlich überzeugt, daß dieselben nicht unbillig seien, betonte aber die Schwierigkeiten, die der Vorlage von den Vertretern des Mittelstandes, der Industrie und des Handels gemacht würden. Unsere Vertreter vertraten dagegen die Ansicht, daß es in der Hauptsache auf den Deszernenten der die Angelegenheit bearbeite, und das ist der Herr Baurat, ankomme, insbesondere, wie er die Notwendigkeit der Lohnaufbesserung begründe. Mit kleinen Teilzahlungen könnte und werde sich die Arbeiterschaft nicht abfinden lassen, sondern bei einem ablehnenden Verhalten die breite Öffentlichkeit aufrufen und die Vertreter der Organisationen beauftragen würden, zur Vermittlung das Kriegsamt des 2. bayer. Armeekorps anzurufen. In einer am Abend stattgefundenen Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung ernannten die Verbandsvertreter Bericht über die Verhandlungen, womit die Kollegen einverstanden waren. Ein Mitglied des sozialdem. Metallarbeiterverbandes verlangte, es sollen die weiteren Verhandlungen sofort abgebrochen und das Kriegsamt angerufen werden. Der Abbruch sofortiger Verhandlungen wurde seitens der Verbandsvertreter nicht gutgeheißen, da eine Anrufung des Kriegsamtes nicht möglich sei, solange nicht ein ablehnender Beschluß des Magistrats vorliege. Nachdem Herr Baurat Schmitz die Erledigung der Angelegenheit vor Ablauf von 3 Wochen versprochen habe, müsse dieser Zeitpunkt unter allen Umständen abgewartet werden. Diese Ansicht wurde auch vom anwesenden Gem.-Bevollmächtigten Herrn Herbst vertreten. Zu dem Kapitel über die unzureichende Bezahlung der städt. Arbeiter wurde bereits ein amtliches Exemplar statuiert. Zwei in der Gasfabrik beschäftigte Arbeiter verließen den Betrieb, um sich eine besserbezahlte Arbeit zu verschaffen. Die Direktion verweigerte den Abschiedschein, worauf die Arbeiter den Schlichtungsausschuß angerufen hatten. Dieser gab dem Vorgehen der Arbeiter statt und fällte den Schiedspruch zugunsten der Arbeiter, indem er die Gaswerksdirektion verpflichtete, den Abschiedschein auszustellen, da die Arbeiter auf Grund der schlechten Bezahlung in der Gasfabrik ihr Auskommen für den Lebensunterhalt nicht finden

konnten. Ein anderer Fall: Unser Kollege Müller, der bereits 2 Jahre im Kriegsdienste stand, meldete sich wieder bei seinem Truppenteile, mit der Begründung, daß er mit dem geringen Lohne bei der Stadt nicht mehr in der Lage sei, sich Kleidung und Schuhwerk zu beschaffen, beim Militär aber unentgeltlich, nebst besserer Verpflegung dies erhalte. Der Truppenteil hat in dieser Sache einen Akt an den Magistrat gesandt, der die Sache der Arbeiter bezüglich der Lohnerhöhung fördern wird. Die sämtlichen städtischen Aufscher erklärten gegenüber dem Verwalter ihren Austritt, falls nicht eine Verbesserung der Verhältnisse geschaffen werde, da sie beim Hilfsdienste um die Hälfte mehr Lohn verdienen könnten. Die Leute machen wöchentlich 80 bis 84 Stunden Dienst und erzielen ein Wocheneinkommen von 28 Mk. Obwohl die Aufscher bei der Hausrat- und Reichrichtabfuhr die Tonnen mit entladen und beim Fahren der Basaltschottersteine mit der Schaufel aufladen müssen, wurden sie seitens des Herrn Verwalters nicht als Schwerarbeiter angemeldet, weshalb die Brotverjorgung dieser Kollegen völlig unzureichend ist. Bezirksleiter Weigler hat sich bei seiner Anwesenheit in dieser Sache an Herrn Stadtbaurat Schmitz gewendet und wird der Erfolg in dieser Hinsicht nicht ausbleiben. In der am Abend stattgefundenen Sitzung haben die Organisationsvertreter aber auch an die Pflicht der Kollegen appelliert, die nun die Aufgabe hätten, die zahlreichen Drückeberger unter den städt. Arbeitern den Verbänden zuzuführen, die kein Opfer bringen, aber wohl von den Erfolgen der Organisationen zehren wollen.

Arbeiterbewegung.

Heraus aus unseren Versammlungen mit den unorganisierten Stänkern und Mörglern. Im Ruhrgebiet macht sich gegenwärtig eine Bewegung bemerkbar, die sowohl vom christlichen Gewerksverein, wie auch vom alten Bergarbeiterverband gefördert wird, die verlangt, daß in den Belegschaftsversammlungen den unorganisierten Maulhelden einfach der Stuhl vor die Tür gesetzt wird. In einer Versammlung in Recklinghausen führte der Vorsitzende hierzu aus: In den letzten Versammlungen sind es immer die Unorganisierten gewesen, die durch radikales Auftreten, durch Beschimpfen der Organisationsleitung und der Arbeiterschüsse, durch maßlose Forderungen und haltlose Kritiken die Versammlungen störten und Unruhe stifteten. Was bisher für die Kameradschaften getan ist, haben sie den Organisationen zu danken. Die Bergarbeiter-Zeitung, das Organ des alten Verbandes, schreibt hierzu: „Alle Gewerkschaftsführer müssen sich von Leuten ohne Solidaritätsgefühl schämen, verdächtigen und schulmeistern lassen. So wie bisher kann es nicht weiter gehen.“

„Genau wie bei uns können wir hierzu sagen. Täglich läßt sich die Erfahrung machen, daß es die Unorganisierten sind, die zwar nichts, rein gar nichts für die Kollegen tun, sich an die Opfer für die Gewerkschaft feige vorbeidrücken, aber dabei sich das Recht herausnehmen, radikale Forderungen zu stellen, die keine Aussicht auf Bewilligung haben. Aber wenn sie dann diese Forderungen vertreten sollen, haben sie keine Zeit. Werden nicht alle Wünsche erfüllt, geht die Schimpfkanonade los. Hier gibt es nur ein Mittel: Heraus aus den Versammlungen mit diesen Stänkern und Drückebergern. Weiter sollte jeder anständige Mensch und Kollege, bei jeder Gelegenheit diesen Maulhelden eine Antwort geben, daß sie die Luft bekühen, auch unter der Hand weiter zu stochern und die Arbeiten der Organisationen für die Kollegen zu gefährden. Wer heute in der Arbeiterbewegung mitraten will, muß auch mittaten.“

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Baden, Baderborn, Passau, Cleve, Elberfeld, München, Köln (Str.) und Werthol.